

## >>> 3 FRAGEN

1. Werden Sie für eine rechtliche Absicherung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften sorgen? Wenn ja, in welcher Form. Wie weit gehen Sie in der Gleichstellung mit der Ehe?
2. Noch immer werden Lesben und Schwule wegen ihrer Homosexualität in der Arbeitswelt benachteiligt. Wie wollen Sie dagegen vorgehen?
3. In welchen anderen Bereichen werden Sie noch Initiativen setzen, um die Situation von lesbischen und schwulen BürgerInnen in Österreich zu verbessern?

### **Antwort auf Frage 1:**

Faire Chancen für alle heißt, daß Lesben und Schwule nicht mehr länger BürgerInnen zweiter Klasse sind. Da hat sich die SPÖ beim letzten Bundesparteitag im April 2000 klar positioniert: Erstens sind alle nicht-eheliche Lebensgemeinschaften gleich zu behandeln, egal ob hetero- oder homosexuell. In Wien hat die SPÖ schon in den letzten Jahren sicherge-



Die Beantwortung der drei Fragen erfolgte durch Parteivorsitzenden Alfred Gusenbauer.

stellt, dass es hier in so wesentlichen Bereichen wie Pflegeurlaub oder Gemeindewohnungen zu keiner Diskriminierung mehr kommt. Zweitens soll es für Lesben und Schwule auch die Möglichkeit eines eigenen Rechtstitutes geben, die "Eingetragene Partnerschaft". Diese soll, nach dem bewährten Vorbild zahlreicher europäischer Staaten, schwulen und lesbischen Paaren die Rechte und Pflichten der Ehe öffnen, wie im Wohn-, Erb-, Steuer- und Sozialrecht. Was die Rechte von Paaren mit Kindern betrifft, z.B. Sorgerecht oder Adoptionen, zeigen europäische Erfahrungen, daß auch diese Anliegen diskutiert werden müssen. Unsere Vorstellungen entsprechen eigentlich der LesBi-Schwulen BürgerInneninitiati-

ve "Gleich viel Recht für gleich viel Liebe". Wie zu erwarten haben ÖVP und FPÖ diese Initiative abgelehnt und darüber nicht einmal eine parlamentarische Diskussion zugelassen.

### **Antwort auf Frage 2:**

Zum Schutz von Lesben und Schwulen vor Diskriminierung brauchen wir ein Antidiskriminierungsgesetz, das mit wirkungsvollen Sanktionsmaßnahmen vor Benachteiligungen und Schmähungen schützt – und zwar nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch im Alltag oder in den Medien. Außerdem muss Österreich ohnehin bis Dezember 2003 eine EU-Richtlinie über die Diskriminierung in der Arbeitswelt umsetzen.

### **Antwort auf Frage 3:**

Natürlich sind die letzten gesetzlichen Ungerechtigkeiten zu beseitigen, wie etwa im Opferfürsorgegesetz. Vieles, was noch notwendig ist um bestehende Vorurteile abzubauen, kann aber nicht mit Gesetzen geregelt werden. Der Umgang der Gesellschaft mit lesbischen und schwulen Bürgern, z.B. bei der Polizei oder in Schule und Jugendarbeit braucht noch viel Aufklärungsarbeit. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet schon die von uns eingerichtete Antidiskriminierungsstelle in Wien.



FOTO: SPÖ